

# Allein Interessentensuche kostet 155 000 Euro

## Linke-Abgeordneter kritisiert Stadt-Pläne

**Zeulenroda-Triebes** (OTZ/ St.B.). Allein die Suche nach Interessenten wird ziemlich teuer: Das derzeit laufende Bieterverfahren für den Verkauf kommunaler Wohnungen in Zeulenroda soll stattliche 155 000 Euro kosten. Eine Summe, die nach Informationen von Landtagsmitglied Frank Kuschel (Linke) von den Mietern der Wobau getragen werden soll. Was der Abgeordnete deshalb öffentlich anprangert.

„Populistisch und unter der Gürtellinie“, reagierte Stadtoberhaupt Frank Steinswachs (CDU) gestern auf eine entsprechende OTZ-Anfrage. Bestätigt hat der Bürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzende der Wobau aber die genannte Kostenschätzung. Und ebenso, was der Landtagsabgeordnete bereits über die Finanzierung weiß: Die Stadt Zeulenroda als Gesellschafter soll der Wohnungsbaugesellschaft dafür ein zweckgebundenes Darlehen aus der allgemeinen Rücklage geben. Eine entsprechende Beschlussvorlage wird morgen im Stadtrat (Rathausaal, ab 18 Uhr) öffentlich auf der Tagesordnung stehen. Dann hört man möglicherweise auch, wie die 155 000 Euro zustande kommen.

Nach Frank Kuschels Informationen soll die Rückzahlung des Darlehens aus den Mieteinnahmen der Wobau erfolgen. „Das ist der größte Quatsch, den es gibt“, wehrt sich der Bürgermeister.

Wenn das Bieterverfahren zum Erfolg führe, sei die Rückzahlung aus dem Verkaufserlös geplant. „Und wenn nicht, bleibt es eine Angelegenheit des Gesellschafters“, so Steinswachs, der davon ausgeht, dass Ersteres gelingt.

Für Frank Kuschel, der die Antragsteller auf ein Bürgerbegehren gegen den Wohnungsverkauf berät, bleibt der Vorgang trotzdem „aus mehreren Gründen erstauslich“. Obwohl der Stadtrat zur unzureichende Informationen zur gegenseitigen Finanzlage der Wobau habe, da die Abrechnung für 2007 noch nicht vorliege, solle das Darlehen morgen bestätigt werden. „Die Zahlen für 2006 lassen Liquiditätsprobleme nicht einmal ansatzweise erkennen“, konstatiert er. Zudem sei die Finanzlage der Stadt offenbar so gut, dass ohne Probleme das Darlehen aus der Rücklage gewährt werden könne. Im Gegenzug behaupte der Bürgermeister jedoch, man sei nur mit harten Konsequenzen in der Lage, für Umschuldungskredite der Gesellschaft zu bürgen.

Alles in allem ein recht durchschaubares Manöver, kritisiert Kuschel und fordert zwei Dinge: Keinesfalls dürften die Mieter die Kosten für das Bieterverfahren zum Verkauf ihrer Wohnungen tragen. Und der Bürgermeister solle umgehend die aktuellen Betriebszahlen für die Wohnungsbaugesellschaft vorlegen.